

Landes- und Bundesfachkommission Hochschule & Forschung

(Land: LFK, Bund: BFK)



Gesundheit,
Soziale Dienste, Bildung
und Wissenschaft

Neu: AG „Zeitenwende“ – „Trumpismus“, Militarisierung, Erstarken AfD, Völkerrecht und internationale Kooperationen



- **„Trumpismus“:** Einschränkung Wissenschaftsfreiheit, Meinungsfreiheit, Repressionen
- **Militarisierung** der Forschung → Thesenpapier
- **Erstarken AfD** – Auswirkungen auf Finanzierung der Wissenschaft, Gewinnung internationaler Wissenschaftler*innen, Wissenschaftsfreiheit
- **Völkerrecht und international Kooperationen**
 - einheitliche ethische und Völkerrecht entsprechende Leitlinien (Umgang mit Russland vs. Umgang mit Israel?)
 - Beispiel: Empfehlungen der Ethik-Kommission der Uni Göttingen „zum Umgang mit Kooperationen mit israelischen Forschungseinrichtungen“

„Trumpismus“: Einschränkung Wissenschaftsfreiheit, Meinungsfreiheit, Repressionen

AG Zeitenwende – „Trumpismus“: Einschränkung Wissenschaftsfreiheit, Meinungsfreiheit, Repressionen auch in Deutschland



- **Fördermittellaffäre** („[Bildungsministerium stellte Liste für Fördermittelentzug zusammen](#)“
→ als Reaktion auf Eintreten für Meinungsfreiheit auf Campus)
- Hochschulrektoren-Konferenz (HRK)-Präsident Professor Walter Rosenthal zur [Bundestagsresolution](#) **zum Schutz jüdischen Lebens**:
"Die Resolution enthält Forderungen, die auch bei besten Absichten als **Einfallstor für Einschränkungen und Bevormundung** etwa in der Forschungsförderung verstanden werden könnten".
- Hessische Landesregierung will in „**Zielvereinbarungen**“ hessische Universitäten Antisemitismus-Klausel in Anlehnung an umstrittene Bundestagsresolution
- Festschreibung von Antisemitismusklauseln in Hochschulverträgen hat arbeitsrechtliche Konsequenzen.
→ Thema für Gewerkschaften und Personalräte an den Hochschulen und Universitäten.
- Aufgrund der starken Tendenz der politischen Instrumentalisierung, der unklaren Definition von „Antisemitismus“ sowie einer Marginalisierung anderer Gruppen mit Unterdrückungserfahrung: entsprechende Klauseln ersetzen durch **Klauseln zum Schutz vor jeglicher Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit**.

Militarisierung der Forschung



- intensiv mit dem zunehmenden Fokus auf militärische und Sicherheitsforschung auseinandergesetzt → Thesenpapier bildet Stand der Debatte ab.
- weiter Diskussionsbedarf - sowohl für Analyse der aktuellen Situation als auch für Schlussfolgerungen.
- Die Bundesfachkommissionen werden die Debatte deshalb weiterführen und laden gleichzeitig andere ver.di-Strukturen im Bereich Wissenschaft dazu ein, sich ebenfalls mit diesem Thema zu befassen.

Beschluss des 6. ver.di-Bundeskongresses

Den Thesen vorangestellt werden soll der Beschluss des 6. ver.di-Bundeskongresses im September 2023 in Berlin zu diesem Thema (Auszug aus dem Beschluss E 084: Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch):

„... So bedrohlich der Krieg Russlands gegen die Ukraine keine 1.000 Kilometer von deutschen Grenzen entfernt ist, es darf daraus nicht der Schluss einer Auf- und Hochrüstung der Bundeswehr und der NATO gezogen werden. Das betrifft zum einen die Entwicklung neuartiger Waffen und Waffensysteme und der Verwendung neuer Technologien, wie „Künstlicher Intelligenz“. Weder dürfen öffentliche Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf die eine oder andere Weise, etwa durch strukturelle Unterfinanzierung, dazu gedrängt werden, entsprechende Forschung durchzuführen (und Zivilklauseln faktisch auszuhebeln), noch dürfen autonome Waffensysteme entwickelt oder durch die Bundeswehr eingesetzt werden. ver.di fordert die Bundesregierung auf, sich für die weltweite Ächtung autonomer Waffen einzusetzen.“

1. Bestehende **Zivilklauseln** müssen erhalten bleiben und dürfen weder direkt noch faktisch ausgehebelt werden.

2. Die klare **Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung** in außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Universitäten bzw. Hochschulen (ohne Zivilklausel) muss aufrechterhalten werden.

3. **Militärisch bestimmte Forschungsprojekte** sowie zivile Forschungsprojekte, in denen militärische Anforderungen mitberücksichtigt werden sollen, sind den Beschäftigten **offenzulegen**. Den Betriebs- bzw. Personalräten sind die zugrundeliegenden Forschungsverträge vorzulegen, soweit dies nicht bereits durch ihre Beteiligung in Ethikkommissionen geschehen ist.

4. **Gewissensfreiheit:** Niemand darf verpflichtet werden, gegen sein bzw. ihr Gewissen an militärischen Forschungsprojekten teilzunehmen oder sie zu akquirieren.

5. **Keine Einschränkung der öffentlich geförderten zivilen Forschung**

6. Die **Forschung an tödlichen autonomen Waffensystemen (LAWS)** ist zu verbieten.

7. **Begleitforschung und Diskussionsräume** über militärische und zivile Konfliktbewältigung sind notwendig.

Thesen:

1. Bestehende Zivilklauseln müssen erhalten bleiben und dürfen weder direkt noch faktisch ausgehebelt werden.

Die in den Bundesländern Bremen und Thüringen in den Hochschulgesetzen verankerten Zivilklauseln und die in ca. 70 Hochschulen (vgl. Überblick auf zivilklausel.de) in langen Auseinandersetzungen erkämpften Selbstverpflichtungen, Lehre und Forschung allein für zivile Zwecke zu betreiben, sind eine wichtige Errungenschaft, um in unterschiedlichen Disziplinen die Voraussetzungen für zivile, kooperative und nachhaltige Lösungsansätze internationaler Konflikte zu schaffen. Sie folgen dem Friedensgebot im Grundgesetz (Art. 1 Abs. 2, Art. 26, Abs. 1 GG).

2. Die klare Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung in außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Universitäten bzw. Hochschulen (ohne Zivilklausel) muss aufrechterhalten werden.

Soweit es militärisch bestimmte Forschungsprojekte geben sollte, sind diese in von den zivilen Arbeiten getrennten Organisationseinheiten durchzuführen. Das gilt auch in denjenigen Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft sowie dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, die vom Bundesministerium der Verteidigung grundfinanziert werden.

3. Militärisch bestimmte Forschungsprojekte sowie zivile Forschungsprojekte, in denen militärische Anforderungen mitberücksichtigt werden sollen, sind den Beschäftigten offenzulegen. Den Betriebs- bzw. Personalräten sind die zugrundeliegenden Forschungsverträge vorzulegen, soweit dies nicht bereits durch ihre Beteiligung in Ethikkommissionen geschehen ist.

Die Bundeswehr ist erklärtermaßen darauf angewiesen, zivile Forschung und Entwicklung zu nutzen. Gerade deshalb ist Transparenz, d.h. rechtzeitige Information der Betriebs- und Personalräte erforderlich, ob und wo in zivilen Forschungs- bzw. Entwicklungs-Projekten militärische Anforderungen mitberücksichtigt werden sollen. Dies ist eine notwendige Voraussetzung, damit Beschäftigte Vorhaben mit doppeltem Verwendungszweck (dual use) erkennen und ggf. ihre Vorbehalte gegen eine Mitarbeit geltend machen können.

In diesem Zusammenhang ist auch die Wirkung von Ethischen Leitlinien zu Forschungsvorhaben im Graubereich ziviler bzw. militärischer Forschung und ihre Praktikabilität in Ethikkommissionen zu untersuchen. Zu diesem Graubereich zählen gerade auch Forschungen zur Cybersicherheit, bei der der Unterschied von Angriff und Verteidigung verschwimmt. Die Ergebnisse sollen mit Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräten beraten werden.

4. Gewissensfreiheit: Niemand darf verpflichtet werden, gegen sein bzw. ihr Gewissen an militärischen Forschungsprojekten teilzunehmen oder sie zu akquirieren.

Personen, die sich entschieden haben, ausschließlich zu zivilen Zwecken zu forschen, sollen keine Nachteile fürchten müssen. Insbesondere dürfen Arbeitnehmer*innen, die sich ursprünglich bewusst entschieden haben, in einer Einrichtung mit rein ziviler Ausrichtung zu arbeiten, nicht gegen ihr Gewissen in militärisch dominierten Projekten eingesetzt werden. Diesen Arbeitnehmer*innen, insbesondere denjenigen mit befristeten Verträgen, ist vorrangig die Weiterbeschäftigung in zivilen Bereichen zu ermöglichen. Bei Bedarf sind ihnen geeignete Qualifizierungsmaßnahmen anzubieten, um die geänderte Tätigkeit ausüben zu können.

5. Keine Einschränkung der öffentlich geförderten zivilen Forschung

In Anbetracht absehbarer Restriktionen in den öffentlichen Haushalten darf es weder eine Kürzung der Grundlagenforschung noch bei zivilen Forschungsprojekten zu Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für eine nachhaltige Wirtschaft mit der notwendigen sozial-ökologischen Transformation geben.

6. Die Forschung an tödlichen autonomen Waffensystemen (LAWS) ist zu verbieten.

Wir verweisen auf die Stellungnahme der Gesellschaft für Informatik „Tödliche autonome Waffensysteme (LAWS) müssen völkerrechtlich geächtet werden“ aus 2019, den Arbeitsbericht Nr. 187 des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag aus 2020 (R. Grünwald, C. Kehl: Autonome Waffensysteme) sowie den Beschluss 6. ver.di-Bundeskongress aus 2023 (siehe oben).

7. Begleitforschung und Diskussionsräume über militärische und zivile Konfliktbewältigung sind notwendig.

Angeichts der globalen Herausforderungen ist eine Verengung auf militärische Sicherheit unzureichend. Wissenschaft und Forschung, die sich dem Allgemeinwohl und der internationalen Kooperation verpflichtet sieht, schafft die Grundlagen für die humanistische Lösung von Klimakrise, Krieg, Flucht, Vertreibung und globaler sozialer Ungleichheit. Es geht um einen „erweiterten, umfassenden Sicherheitsbegriff, der nicht nur auf militärische Sicherheit beschränkt ist, sondern auch soziale Sicherheit, Gesundheit (Stichwort Pandemien), Versorgungssicherheit, eine faire Globalisierung, ökologische Nachhaltigkeit, Klimaresilienz und nicht zuletzt Geschlechtergerechtigkeit umfasst...“ (Beschluss 6. ver.di-Bundeskongresses, siehe oben).

Wir schlagen vor, an Hochschulen und Forschungseinrichtungen öffentliche Diskussionsräume bzw. Foren einzurichten, in denen die Auseinandersetzung um militärische Forschung und nichtmilitärische Krisenbewältigung stattfinden kann. Wir fordern die Intensivierung der zivilen und friedensbildenden Forschung, anstatt zivile Einrichtungen für die militärische Forschung zu öffnen. Nur so können wir mit den großen drängenden globalen Problemen wie dem Klimawandel und der sozialen Gerechtigkeit fertig werden, dazu beitragen, die ständig wachsende Gefahr eines Atomkriegs zu verringern, eine Lebensmöglichkeit für alle auf der Erde zu schaffen und das Überleben der Menschheit als Ganzes zu gewährleisten.

Für eine Politik der Friedensfähigkeit! Nie wieder Krieg - in Deutschland, Europa und weltweit!

DGB-Erklärung zum Antikriegstag
am 1.9.2025



Deutscher
Gewerkschaftsbund



- ... für eine **Friedens- und Sicherheitsordnung**, die im Rahmen der Vereinten Nationen multilaterale Konfliktlösungen mit den Mitteln der Diplomatie und wirksamer Krisenprävention ermöglicht.
- Fundament: **völkerrechtliches Gewaltverbot**, Prinzipien der souveränen Gleichheit von Staaten, der Selbstbestimmung der Völker und der freien Bündniswahl, der gegenseitigen Vertrauensbildung, der friedlichen Streitbeilegung und der Achtung der Menschenrechte.
- Noch nie gab es seit 1945 so viele **bewaffnete Konflikte** wie 2025. ... 2025 schätzungsweise **200.000 Todesopfer, 120 Millionen** sind gezwungen, ihre **Heimat** zu **verlassen**.
- Wiedergeburt einer verhängnisvollen Denk- und Handlungslogik in den internationalen Beziehungen. Sie setzt nicht mehr auf die Stärke des Völkerrechts, sondern nur noch das **Recht des Stärkeren** zählt.
- Europa: auf **Schutzbündnis mit den USA kein Verlass** mehr
- DGB: Notwendigkeit, in Deutschland und Europa die gemeinsame Verteidigungsfähigkeit zu stärken. ... **horrende Erhöhung der Rüstungsausgaben auf fünf Prozent des BIP betrachten wir allerdings als willkürlich und bewerten sie äußerst kritisch. ... Sie würden knapp der Hälfte des gesamten Bundeshaushalts entsprechen.**

Für eine Politik der Friedensfähigkeit! Nie wieder Krieg - in Deutschland, Europa und weltweit!

DGB-Erklärung zum Antikriegstag
am 1.9.2025



Deutscher
Gewerkschaftsbund



DGB Forderungen an Bundesregierung:

- sicherzustellen, dass zusätzliche **Rüstungsausgaben nicht zu Lasten des Sozialhaushalts**, der Ausgaben für **Bildung** und **Forschung** und von **Investitionen** in öffentliche und soziale **Infrastruktur** gehen.
- .. jede Ausgabensteigerung an den **tatsächlich bestehenden Ausrüstungs- und Kapazitätsbedarfen** bemessen. Zu rechtfertigen sind zusätzliche Rüstungsausgaben nur in dem Umfang, der die Bundeswehr wirklich dazu befähigt, ihren grundgesetzlichen Auftrag zur Landesverteidigung und ihre Bündnisverpflichtungen zu erfüllen.
- ihren nun eingeschlagenen sicherheitspolitischen Kurs grundlegend zu korrigieren. Die Bundesregierung muss sich aktiv dafür einsetzen, dass die sich immer schneller drehende **Aufrüstungsspirale** endlich **gestoppt** wird. ...

Wir brauchen in Europa ein klares gemeinsames Bekenntnis, worum es uns bei der Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit eigentlich geht – nämlich um die **Verteidigung unserer liberalen Demokratie und unseres Modells der Sozialen Marktwirtschaft**.

Das **Vertrauen in unsere Demokratie** und in unser Wirtschafts- und Sozialmodell hängt maßgeblich ab von starken **sozialen Sicherungssystemen**, von einer gut ausgebauten **öffentlichen Daseinsvorsorge**, von einem **leistungsfähigen Bildungssystem** und von einem aktiv gestaltenden Staat, der massiv **in die Zukunft investiert**.

Erstarken der AfD und anderer rechtsnationaler Kräfte

Auswirkungen auf Finanzierung der Wissenschaft, Gewinnung internationaler Wissenschaftler*innen, Wissenschaftsfreiheit

Aktuelles aus dem Fachbereich

Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft

Das Titelthema: **Demokratie verteidigen**

Die Demokratie ist kein Zuschauersport, wir müssen aktiv für sie eintreten – im Betrieb, in der Gesellschaft, international. Das tun wir u.a., indem wir bei den Betriebsratswahlen demokratische Beteiligung stärken, im Alltag rechten Tendenzen entgegentreten, die Digitalisierung gestalten, uns gegen Sozialkürzungen und für gute Tarifverträge stark machen. Dies und vieles mehr in der [mittendrin Nr. 13](#) ([PDF](#)).

DIE FACHBEREICHSZEITUNG

mittendrin Nr. 13

Viermal jährlich erscheint die mittendrin als Beilage der ver.di-Mitgliederzeitung Publik in einer Auflage von 452.000. Die Zeitung beschäftigt sich mit den Themen des Fachbereichs Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft. Die Ausgabe mittendrin Nr. 13 ist im September 2025 erschienen.



HOCHSCHULEN



Protest wirkt

Schritt in die richtige Richtung: Mit einem Betreuungsstreik am soziologischen Institut in Göttingen mehr Dauerstellen durchgesetzt.

INTERNATIONALES



»Ideologisch motivierter Angriff«

Hochschulen und Beschäftigte wehren sich gegen Attacken des US-Präsidenten auf die Wissenschaft. Gewerkschaften aktiv gegen Trumps Trommelfeuer.



Hochschultour klärt auf

An der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) in Hamburg sprechen ver.di-Aktive Studierende aus der Sozialen Arbeit gezielt an – mit Erfolg.

SERVICEGESELLSCHAFTEN



Stolz nach langem Arbeitskampf

Mit insgesamt 48 Streiktagen haben die Kolleg*innen der Charité Facility Management GmbH (CFM) ihren Arbeitgeber zu einem Tarifabschluss gezwungen.



Wissenschaft stärken

Die Bundesländer setzen bei den Hochschulen den Rotstift an. Nötig und auch möglich wäre das Gegenteil. radikalSOZIAL in der mittendrin Nr.13.

Schule zeigt Haltung – Lehrkräfte stärken gegen Hass und Hetze

Vom DGB unterstützte Petition

ver di



Eine Lehrerin meldet der Schulleitung eine **Hakenkreuz-Schmiererei im Schulgebäude** – und nichts passiert. Ein Referendar trägt im Dienst ein T-Shirt mit dem Slogan „Kein Mensch ist illegal“ – und wird dem Vorwurf der Indoktrination ausgesetzt. Lehrkräfte machen rassistische Übergriffe, queer-feindliche Vorfälle und Antisemitismus an ihren Schulen zum Thema – und erleben Schweigen, Wegschauen oder gar persönliche Bedrohungen.

Diese Beispiele zeigen ein wachsendes Problem: Lehrkräfte, die sich klar für demokratische Grundwerte, Menschenrechte und den Schutz vor Diskriminierungen einsetzen, stehen viel zu oft allein da und erleben eine mangelnde Rückendeckung durch die Schulaufsichtsbehörden.

Schulen sind keine neutralen Räume gegenüber Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Sie haben den Auftrag, junge Menschen auf dem Weg zur Mündigkeit zu begleiten und sie gegen Hass, Ausgrenzung und antidemokratische Tendenzen zu stärken. **Demokratie muss an Schulen gelebt und geschützt werden.** Sie braucht Haltung – Neutralität ist keine Option!

Unsere Forderung:

Damit Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte in ihrem demokratischen Bildungsauftrag gestärkt werden, braucht es **JETZT** deutliche und sichtbare Rückendeckung von den zuständigen Ministerien und Schulaufsichtsbehörden – in Form von klaren Leitlinien und Rechtssicherheit, tragfähigen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sowie mehr Ressourcen zur Stärkung der Politischen Bildung in der Schule.

Warum ist das wichtig?

Haltung statt Zurückhaltung – das gilt auch für die Behörden!

Autoritäre Kräfte missbrauchen den **Mythos eines angeblichen „Neutralitätsgebotes“**, um Lehrkräfte einzuschüchtern und demokratisches Engagement zu diskreditieren. Über Meldeportale, parlamentarische Anfragen, Kampagnen und Bedrohungen wird gezielt ein Klima der Angst geschürt.

Das Neutralitätsgebot des Staates verpflichtet zwar zur parteipolitischen Zurückhaltung. Es bedeutet jedoch nicht, dass Lehrkräfte gegenüber diskriminierenden, demokratiefeindlichen oder menschenverachtenden Positionen stillhalten müssen. **Im Gegenteil: Der gesetzliche Bildungsauftrag verlangt von Schulen und Lehrkräften eine klare Haltung zu Grund- und Menschenrechten** und den Prinzipien unserer Demokratie – fachübergreifend und im gesamten Schulalltag.

<https://weact.campact.de/petitions/schule-zeigt-haltung-lehrkraefte-starken-gegen-hass-und-hetze>

Schule zeigt Haltung – Lehrkräfte stärken gegen Hass und Hetze

Vom DGB unterstützte Petition



Deshalb fordern wir verstärkte Rückendeckung und Unterstützung durch folgende Maßnahmen:

- 1. Klare Leitlinien:** Es braucht unmissverständliche offizielle Klarstellungen, dass Lehrkräfte auf der Grundlage von Grundgesetz und Landesverfassungen verpflichtet sind, Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aktiv zu verteidigen.
- 2. Rückendeckung, Rechtssicherheit und Schutz:** Lehrkräfte, die sich für die Werte und Prinzipien unserer pluralistischen Demokratie engagieren, müssen bei Vorwürfen und Bedrohungen konsequent geschützt und rechtlich abgesichert werden.
- 3. Hilfs- und Beratungsstrukturen:** Es braucht klar definierte und transparente Handlungsketten, Beschwerdestrukturen und Ansprechpersonen in Schulen und Behörden, unabhängige Beratungsstellen und juristische Unterstützung für Betroffene.
- 4. Konkrete Hilfen für den Schulalltag:** Fortbildungen, Materialien und verbindliche Erlasse müssen Schulleitungen und Lehrkräfte praktisch stärken.
- 5. Förderung von Demokratischer Schulentwicklung:** Schulen benötigen Räume, personelle Ressourcen und multiprofessionelle Kooperationen, um sich als demokratische Lernorte mit den menschenrechtlichen Prinzipien der Partizipation, des Schutzes vor Diskriminierung und der Inklusion weiterzuentwickeln.
- 6. Stärkung der Politischen Bildung:** Politische Bildung muss als Unterrichtsfach abgesichert und Demokratiebildung als schulisches Prinzip ausgebaut werden.
- 7. Flächendeckendes Monitoring und Konsequenzen:** Demokratiefeindliche und diskriminierende Vorfälle an Schulen müssen systematisch erfasst, mit möglichen Maßnahmen zur Intervention dokumentiert und konsequent nachverfolgt werden.

Schulen sind Orte gelebter Demokratie. Unterstützen Sie unsere Forderungen!

Völkerrecht und international Kooperationen

- einheitliche ethische und Völkerrecht entsprechende Leitlinien (Umgang mit Russland vs. Umgang mit Israel?)
- Beispiel: Empfehlungen der Ethik-Kommission der Uni Göttingen „zum Umgang mit Kooperationen mit israelischen Forschungseinrichtungen“

Wir leben in einer Welt, in der es an vielen Orten, in vielen Lebensbereichen Krisen oder Katastrophen gibt.

Dafür seid ihr, sind unsere Kolleg*innen unterschiedlich stark betroffen und das nimmt jede*n unterschiedlich stark mit.

- Bei GSI arbeiten **Menschen aus 67 Nationen**
- **24 %** der Mitarbeiter*innen stammen aus dem Ausland.
- Viele haben Familie, Freund*innen in Krisen-Gebieten (wie z.B. Ukraine, Syrien, Palästina, Afghanistan, Libanon, Iran, Israel, ...)

„It’s impossible to have your eyes open, and not have your heart broken“
(Dr. Gabor Maté)

ver.di Kolleg*innen und der Betriebsrat sind als Ansprechpersonen für euch alle da! Kommt auf uns zu, wenn ihr Gesprächsbedarf habt!

- Für ein gutes Miteinander brauchen wir respektvolle, wertschätzende Diskurse, mit Offenheit für die Perspektiven anderer Menschen und Empathie für ihre Ängste, Gefühle - oft Schmerzen

- Grundsatz:

“We can disagree and still love each other unless your disagreement is rooted in my oppression and denial of my humanity and right to exist.”

(Robert Jones Jr.; oft James Baldwin zugeschrieben)

**Margot Friedländer (* 5. November 1921 in Berlin als
Anni Margot Bendheim; gestorben am
9. Mai 2025 ebenda)**



**„Wir sind alle gleich – es gibt kein christliches,
muslimisches, jüdisches Blut. Es gibt nur
menschliches Blut. Ihr habt alle dasselbe. (...)
Seid doch Menschen!“**

vom 30.9.25

Die Ethikkommission empfiehlt der Universitätsleitung deswegen einstimmig,

1. kritische Nachfragen aus der Universität zu bestehenden Forschungsk Kooperationen als wichtige Impulse zu verstehen, die Funktion von Wissenschaft in bewaffneten Konflikten kritisch zu reflektieren;
2. der akademischen Gemeinschaft und der Öffentlichkeit klare Rechenschaft über Art, Umfang, Finanzierung und Laufzeit von Kooperationen, inkl. Dual-Use-Bezügen, Drittmittelquellen und Beteiligung sicherheitsrelevanter Akteure zu geben;
3. dringend auf die Beendigung jeder Form der Zusammenarbeit mit und Normalisierung von Hochschulen oder Forschungseinrichtungen in den seit 1967 völkerrechtswidrig besetzten Gebieten hinzuwirken. Beispielsweise sind Einladungen ihrer Mitglieder, die diese Institutionen direkt oder indirekt als Teil Israels anerkennen, aus forschungsethischer Sicht nicht zu akzeptieren.
4. Möglichkeiten zu suchen, Schutzprogramme für gefährdete Forschende (z.B. Scholars at Risk) zu fördern und zu verstärken; sowie
5. nach Möglichkeiten zu suchen, in diesen und anderen Fällen die direkte oder indirekte Beteiligung an völkerrechtswidrigen Politiken durch geeignete Verfahren, enges Monitoring und Konditionalitäten auszuschließen.

STELLUNGNAHME DER ETHIKKOMMISSION DER GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT GÖTTINGEN ZUM UMGANG MIT KOOPERATIONEN MIT ISRAELISCHEN FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN

vom 30.9.25

ver di

Slowenien:

Universität Ljubljana – „The Senate of the University of Ljubljana deliberated on further cooperation with Israeli universities and institutions“ (18.08.2025)

<https://www.uni-lj.si/en/news/2025-08-18-the-senate-of-the-university-of-ljubljana-deliberated-on-further-cooperation-with-israeli-universities-and-institutions>

Belgien:

VLIR (Flämische Interuniversitäre Rat) – Universiteit Antwerpen, Université libre de Bruxelles, Vrije Universiteit Brussel, Universiteit Gent, Universiteit Hasselt, KU Leuven, Université de Liège, UC Louvain, Université de Mons, Université de Namur : Urgent appeal to the leaders of the European Union and the Member States to immediately suspend the Association Agreement between Israel and the European Union“

<https://vlir.be/nieuws/appeal-suspend-association-agreement/>

Irland:

Trinity College Dublin

https://www.tcd.ie/news_events/articles/2025/statement-from-board-2025/

Spanien:

CRUE (Board of the Conference of Rectors of Spanish Universities), 77 spanische Universitäten, – „CRUE statement on the situation in the Gaza Strip“ (09.05.2024)

<https://www.crue.org/en/2024/05/crue-statement-on-the-violent-situation-in-gaza/>

Norwegen:

OsloMet, Oslo – „In addition, the Board decides that OsloMet puts the exchange agreement with the University of Haifa on hold and does not enter into any new general cooperation agreements on institutional cooperation with Israeli universities and colleges.“ (20.02.2024)

<https://ansatt.oslomet.no/en/siste-nytt/-/nyhet/oslomet-setter-utvekslingsavtale-pa-pause>

University of South-Eastern Norway (USN) – Übersetzung: „Vereinbarungen mit der Universität Haifa und dem Hadassah Academic College in Jerusalem werden beendet.“ (19.02.2024)

<https://www.usn.no/nyhetsarkiv/avslutter-samarbeid-med-universiteter-i-israel>

Universität Bergen – Übersetzung: „Die Universität Bergen (UiB) hat am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Vereinbarung mit der Bezalel Academy of Fine Arts in Jerusalem zu beenden.“ (17.01.2024)

[https://kunstavisen.no/artikkel/2024/ui-b-avslutter-avtale-med-israelsk-kunstakademi#:~:text=Universitetet%20i%20Bergen%20\(UiB\)%20besluttet,v%C3%A5r%20m%C3%B8te%20om%20spesialprosjektet%20i%20Bergen%20og%20i%20Jerusalem%20for%202023%20og%202024](https://kunstavisen.no/artikkel/2024/ui-b-avslutter-avtale-med-israelsk-kunstakademi#:~:text=Universitetet%20i%20Bergen%20(UiB)%20besluttet,v%C3%A5r%20m%C3%B8te%20om%20spesialprosjektet%20i%20Bergen%20og%20i%20Jerusalem%20for%202023%20og%202024)

Niederlande:

Universität Utrecht – „We have published a list of existing collaborations with Israeli organisations, and decided to critically evaluate and re-evaluate these collaborations. This is because Utrecht University does not want certain academic ties and exchange collaborations to contribute to (the continuation of) the cycle of violence.“ (29.04.2025)

<https://www.uu.nl/en/news/adjusted-statement-executive-board-and-deans>

Radboud Universität – „Radboud University is suspending institution-wide partnerships with two Israeli universities“ (21.05.2025)

<https://www.ru.nl/en/about-us/news/radboud-university-is-suspending-institution-wide-partnerships-with-two-israeli-universities>

Universität Amsterdam – „No new HorizonEurope collaborations with Israeli partners for the time being“ (20.06.2025)

<https://www.uva.nl/shared-content/uva/en/news/news/2025/06/no-new-horizoneurope-collaborations-with-israeli-partners-for-the-time-being.html>

„Third party collaborations: Conflict zones and human rights violations“

<https://www.uva.nl/shared-content/uva/en/news/news/2025/06/no-new-horizoneurope-collaborations-with-israeli-partners-for-the-time-being.html>

Tilburg Universität – „Update: Tilburg University suspends ties with 2 Israeli universities“ (07.05.2025)

<https://www.tilburguniversity.edu/about/organization/advisory-committee-collaborations/collaborations-partners-israel/tilburg-university-suspends-ties-two-israeli-universities>

Erasmus University Rotterdam – „EUR freezes institution-wide collaborations with Bar-Ilan University, The Hebrew University of Jerusalem, and University of Haifa“ (05.06.2025)

<https://www.eur.nl/en/news/eur-freezes-institution-wide-collaborations-bar-ilan-university-hebrew-university-jerusalem-and>

TU Delft – „New collaborations with Israel suspended immediately; existing collaborations under reassessment“ (10.06.2025)

<https://www.tudelft.nl/en/2025/tu-delft/new-collaborations-with-israel-suspended-immediately-existing-collaborations-under-reassessment>

Schweiz:

Universität Genf – „UNIGE redefines the framework of its international collaborations“

<https://www.tudelft.nl/en/2025/tu-delft/new-collaborations-with-israel-suspended-immediately-existing-collaborations-under-reassessment>

Universität Lausanne – „Zweite Uni in der Romandie bricht Partnerschaft in Israel ab“ (12.06.2025)

<https://www.nau.ch/news/schweiz/zweite-uni-in-der-romandie-bricht-partnerschaft-in-israel-ab-67003503>

Frankreich:

Sciences Po Strasbourg – „Sciences Po Strasbourg cuts ties with Israeli university over Gaza war“ (31.10.2024)

https://www.lemonde.fr/en/education/article/2024/10/31/sciences-po-strasbourg-cuts-ties-with-israeli-university-over-gaza-war_6731160_104.html

Italien:

University of Padua – „University of Padua: new motion on what is happening in the Middle East“ (01.07.2025)

<https://www.unipd.it/news/university-padua-takes-position-situation-middle-east>

Universität Bologna – „The University of Bologna on the Israeli Military escalation in Gaza“ (18.06.2025)

<https://magazine.unibo.it/archivio/2025/06/18/the-university-of-bologna-on-the-israeli-military-escalation-in-gaza>